



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 362 Postulat Kurmann Michael und Mit. über Wogen glätten am Baldeggersee / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 362, die Anfrage A 368 von Judith Schmutz über die Aufsichtsbeschwerde der Umweltverbände gegen das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement und die Anfrage A 371 von Simon Howald über Lösungsansätze, Termine, Kosten und Wirkung des kantonalen Phosphorprojekts der Mittellandseen des Kantons Luzern (Phasen I, II, II plus und III) werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 362 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Michael Kurmann hält an seinem Postulat fest. Andy Schneider beantragt Ablehnung.

Judith Schmutz ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Simon Howald ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Michael Kurmann: Ich bedanke mich bei der Regierung für die Stellungnahme zu meinem Postulat und vor allem für die sehr ausführlichen Antworten zur Anfrage von Simon Howald. Diese zeigen die Geschichte der Seesanieung und die dafür nötigen Schritte, Massnahmen und Zeiträume sehr gut auf. Es ist eindrücklich, wie man am Anfang mit effektiven Massnahmen schnell gute Ergebnisse erzielte und jetzt die weitere Senkung der relevanten Werte auf das Anforderungsniveau der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (GSchV) im Baldeggersee eine grosse Herausforderung darstellt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass hier die Gewässerschutzgesetzgebung und das Landwirtschaftsgesetz nicht immer miteinander kompatibel sind. Die Antworten auf die Anfrage von Judith Schmutz sind eher ausweichend formuliert. Das ist einerseits sicherlich dem geschuldet, dass die Antworten wohl die laufenden Verfahren betreffen, und andererseits, weil insbesondere die Frage 4 tendenziös ist. Exemplarisch kommt hier das grosse Misstrauen der Umweltverbände und der Grünen zum Ausdruck. Ich kenne die Situation nicht im Detail, aber solche Nadelstiche, wo man gesetzeswidriges Handeln impliziert, sind der Sache sicher nicht zuträglich. Der Regierungsrat hat in der Stellungnahme zum Postulat das Projekt «Perspektiven Landwirtschaft und Umwelt» erwähnt und beschrieben. Dieses ist sehr breit abgestützt und nach den Grundsätzen der Mediation aufgebaut. Das entspricht grundsätzlich der Forderung des Postulats. Der Regierungsrat räumt allerdings ein, dass das Projekt sehr wahrscheinlich zu spät gestartet wurde und der Gerichtsfall einerseits und die Beschwerden andererseits nicht verhindert werden konnten. Wir fordern darum einen Neustart der Gespräche, auch das ist vorgesehen. Allerdings wäre es in unseren Augen zielführend – und das ist nicht aus der Stellungnahme zum Postulat hervorgegangen –, wenn der Neustart wie von uns gefordert vom Regierungsrat initiiert und begleitet würde, um dem Anliegen und dem Willen einer einvernehmlichen Lösungen entsprechend Gewicht zu verleihen. Darum halten wir am

Postulat fest und danken für Ihre Unterstützung.

Judith Schmutz: Ich spreche zuerst zu meiner Anfrage und werde danach gerne noch einige Sätze zum Postulat von Michael Kurmann sagen. Auf 60 Millionen Franken werden die jährlichen Schäden an der Biodiversität im Kanton Luzern vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) geschätzt. So viel Geld würden wir im Kanton Luzern normalerweise nie leichtfertig ausgeben, aber in diesem konkreten Fall verschläft die Politik jährlich 60 Millionen Franken. Es ist die Aufgabe der Politik, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um die gesetzten Reduktionsziele ernsthaft erreichen zu können. Wir müssen endlich aufhören, den Ball zwischen Konsumentinnen, Landwirtschaft und Politik hin- und herzuschieben und müssen jetzt stichhaltige Massnahmen treffen. Einerseits liegt es an der Politik, der Landwirtschaft Massnahmen vorzugeben, welche dann wirklich eine Veränderung respektive die Reduktion von Immissionen bewirken können. Wir müssen auch aufhören, Alibiübungen an Massnahmen durchzuführen, wie wir sie heute kennen. Viele Personen in der Landwirtschaft erfüllen die Massnahmen, welche die Politik ihnen vorgibt. Aber wenn diese Ziele zu wenig hoch gesteckt sind, hilft das auch niemandem. So bringt es auch nichts, immer alles der Landwirtschaft in die Schuhe zu schieben. Andererseits müssen wir zwingend auch die Konsumentinnen in die Pflicht nehmen, welche aufhören müssen, ständig immer billigere Produkte zu verlangen. Wir haben hart gearbeitet für die Standards, welche wir heute in der Schweiz haben, und diese müssen wir schützen. Die Regierung selbst schreibt in ihrer Antwort, dass nur durch die Veränderung der Ernährungsgewohnheiten und die Reduktion von tierischen Proteinen die Immissionshöchstmengen nicht mehr überschritten werden. Das Ernährungssystem muss dringend stärker in die Diskussion einfließen, zum Beispiel durch eine Ernährungsstrategie im Kanton Luzern. Da bin ich mit der Regierung völlig einverstanden und freue mich auf die daraus folgenden Taten. Mit dem Anliegen von Michael Kurmann sind die Grünen und Jungen Grünen grundsätzlich einverstanden. Es braucht einen breiten Austausch, um die Umwelt und die Landwirtschaft wieder auf ein gemeinsames Parkett zu bringen. Da braucht es aber auch wirklich vermehrt Offenheit von allen Seiten, um die verhärteten Fronten glätten zu können. Weitere Verzögerungen können wir uns nicht leisten. Aber dabei müssen wir auch endlich aufhören, uns die ganze Zeit Verweigerungsvorwürfe und andere Vorwürfe zu machen. Das bringt absolut nichts. Da nehme ich weder unsere noch die andere Seite davon aus. Es braucht eine gleichberechtigte Diskussion, bei der alle Beteiligten auf dem gleichen Level und auch gleich informiert sind. Wie aus der Antwort der Regierung ersichtlich ist, braucht es dabei kein weiteres Gefäss, sondern die bestehenden Gefässe können und müssen wieder aufgebaut werden. Aus diesen Gründen unterstützt die G/JG-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Simon Howald: Im Zusammenhang mit dem Postulat P 362 von Michael Kurmann stellt auch die GLP fest, dass sich die Fronten zunehmend verhärten und die Differenzen zwischen den Lagern tendenziell grösser werden. Wir begrüssen den Ansatz der Mediation, um mit runden Tischen das gegenseitige Verständnis zu fördern und dabei einvernehmliche Lösungen zu finden. Zudem unterstützen wir das Ende 2019 ins Leben gerufene Projekt «Perspektiven Landwirtschaft und Umwelt». Bei der Lösungserarbeitung sollen jedoch zwingend auch die kommenden Generationen berücksichtigt werden, deren Stimme heute noch nicht hörbar ist. Einen zusätzlichen runden Tisch sieht die GLP allerdings als nicht zielführend und unterstützt bei diesem Postulat die teilweise Erheblicherklärung. Bezüglich der Anfrage A 368 von Judith Schmutz haben uns die Schätzungen des Bafu bestürzt: Gemäss Bafu entstehen dem Kanton Luzern Schäden an der Biodiversität im Umfang von jährlich 60 Millionen Franken. Der Regierungsrat schreibt, dass eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten und eine Reduktion von tierischem Protein in der Ernährung ausschlaggebend seien. Weiter bemerkt er, dass ein Abbau von Tierplätzen mittel- bis langfristig gesehen wohl unumgänglich scheine, insbesondere im Einzugsgebiet der stark belasteten Gewässer. Die GLP kann diese Aussagen gut nachvollziehen. Die Transformation unserer Landwirtschaft ist wichtig, sonst verlagern sich die Produktion und somit die Emissionen lediglich ins Ausland. Dies gilt es zu verhindern. Zu meiner Anfrage A 371: Ich bedanke mich für die ausführlichen, nützlichen, aber auch ernüchternden Antworten auf

meine Fragen. Die GLP-Fraktion ist erfreut zu lesen, dass der Regierungsrat gewillt und motiviert ist, weitere Anstrengungen zu unternehmen. Die vorliegende Offenheit und Transparenz sind positiv zu werten. Der Lösungsansatz der Abreicherung der Böden mit Phosphor reicht als Massnahme im Phosphorprojekt Phase III wahrscheinlich nicht. Der Phosphoreintrag muss dringend nachhaltig gesenkt werden. Die GLP ist offen für verschiedene Massnahmen wie zum Beispiel technische Ansätze, die Förderung von Spezialkulturen, einen Wandel in der Ernährung und eine Senkung des Nutztierbestandes. Die Behebung der Schäden kostet jährlich mehrere Millionen Franken. Dabei ist die kostspielige Seebelüftung eine reine Symptombekämpfung und trägt wohlbemerkt nicht zur Ursachenbekämpfung bei. Stellen Sie sich vor: Ein Patient liegt über Jahre auf der Intensivstation, stetig am Beatmungsgerät. Die Bemühungen im Spital ziehen sich in die Länge. Die Ärzteschaft ist sich nicht einig. Das Pflegepersonal überwacht die Sauerstoffversorgung des Patienten, damit sich seine Situation nicht verschlechtert. Bei der Frage bezüglich des Nach-Hause-Gehens wird der Patient für weitere Jahre vertröstet. Das ist untragbar.

Andy Schneider: Der Regierungsrat anerkennt die sehr anspruchsvolle Situation. Er verweist auf ein laufendes gerichtliches Verfahren und sieht somit keinen Handlungsbedarf. In der Vergangenheit hat es verschiedene Gespräche am runden Tisch gegeben, welche absolut nicht zielführend waren. Die Fronten sind verhärtet, die Gespräche führten zu keinem Kompromiss. Der aktuelle Zustand mit den Aufsichtsbeschwerden und den Klagen trägt nicht zu einer Lösung bei. Die Zahlen sprechen aber eine deutliche Sprache. Seit Jahrzehnten ist Handlungsbedarf angezeigt, doch es passiert praktisch nichts. Ein jüngstes Beispiel: Das Nunwiler Trinkwasser ist seit Jahren massiv belastet. Es muss Wasser in Petflaschen gekauft werden, um Schoppen für Kleinkinder zubereiten zu können. Der Nitratgehalt ist massiv zu hoch. Der Regierungsrat sagt, die Gerichte müssten entscheiden, und nachher bestehe die Möglichkeit, mit einer neue Ausgangslage für weitere dringende Gespräche wie mit Perspektive Luzern – ich hoffe initiiert vom Regierungsrat – zu einer Lösungen zu kommen. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung des Postulats von Michael Kurmann. Der Regierungsrat zeigt auf, dass er bereits einen mediativen Weg gestartet hat. Zuerst wird man die rechtlichen Überprüfungen sowohl der Bauerngruppen als auch der Umweltverbände klären und dann die Ausgangslage beurteilen müssen. Es ist auch in Zukunft nicht ausgeschlossen, dass mit einer neutralen Person ein Weg gesucht wird. Wir können dies nachvollziehen und unterstützen die teilweise Erheblicherklärung. Zur Anfrage A 368: Es freut mich, dass man feststellt, dass die Fronten verhärtet sind und wir einen anderen Ton anschlagen müssen. Als ich die Anfrage gelesen habe, hatte diese das System: Wo sind die Fehler? Welche Übertretungen gibt es? Welche Schäden? Wo sind die Nutzniesser? Jetzt habe ich versöhnliche Töne der Anfragenden gehört. Wir müssen hier zusammen eine Lösung finden. Ich denke gegenüber den Vorrednern muss ich erwähnen, dass das in diesem Gebiet ein ganz schwieriges Thema wird. Hier sind Existenzen betroffen. Es gibt wirtschaftliche Hintergründe, nicht nur umweltpolitische, welche wir lösen müssen. Das wird eine schwierige Lösungssuche sein. Wir unterstützen den Weg. Der Regierungsrat hat immer wieder Ziele gesetzt und versucht, diese zu erreichen. Es wurde auch viel erreicht. Die Werte sind von 500 auf 20 Milligramm gesunken, und wenn man jetzt den Jahresbericht liest, sind sie noch ein wenig tiefer. Aber es reicht einfach noch nicht. Wir müssen dieses Problem lösen. Zu den 60 Millionen Franken: Ich habe es so gelesen, dass dies wegen des Ammoniaks ist. Das glaube ich einfach nicht. Ich möchte noch eine Zweitstudie des Bafu, da reicht mir diese eine Schätzung schlicht nicht. Es kann sein, dass es 60 Millionen sind, aber dann hat dies sicher noch andere Gründe als das Ammoniak. Das kann schlicht und einfach nicht der Auslöser für 60 Millionen Franken pro Jahr sein. Das stelle ich infrage. Aber ich bin froh, wenn wir alle der Meinung sind, dass wir gemeinsam eine Lösung suchen müssen, was nicht einfach wird. Zur Anfrage A 371: Das ist eine Geschichtsschreibung über 40 Jahre. Es ist einiges passiert. Die Antwort liefert eine gute Zusammenfassung, und die FDP kann mit den Antworten leben.

Sandra Meyer-Huwylar: Darin sind wir uns alle einig: wir alle wollen saubere, gesunde Seen. Um 1975 erreichten die Mittellandseen einen Spitzenwert von 520 Milligramm Phosphorgehalt pro Kubikmeter, und das ist zurückzuführen auf die wirtschaftlichen Entwicklungen vor rund 100 Jahren. Da floss das ungereinigte häusliche und industrielle Abwasser einfach in die Gewässer. Aber auch die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft hatte Folgen. Im Jahr 1980 wurde ein Sanierungskonzept für die Mittellandseen im Kanton Luzern erstellt mit diverse Massnahmen im Bereich von Abwasser wie den Bau von Abwasserreinigungsanlagen und ein Phosphatverbot in Waschmitteln. Auch die Landwirtschaft war darin eingebunden mit Massnahmen wie zum Beispiel die Phosphorprojekte, die seit 1999 am Laufen sind. Auch gilt seit Jahren, dass dem Boden nur so viel Phosphor beigefügt werden darf, wie die Pflanzen zum Wachsen brauchen. Heute beträgt der Phosphorgehalt im Baldeggersee weniger als 20 Milligramm pro Kubikmeter, und der Eintrag im Jahr 2019 betrug 2,2 Tonnen, was dem Zielwert entspricht. Die Seen müssen heute immer noch belüftet werden, Grund dafür sind die Einträge aus der Vergangenheit. Beim früheren Algenwachstum entstand organisches Material am Seegrund, das heute noch abgebaut wird. Der Abbauprozess benötigt Sauerstoff, der dem Wasser entzogen wird. Fehlt Sauerstoff, wird Phosphor aus dem organischen Material freigesetzt, und der See düngt sich selbst. Die Algen wachsen wieder, und es gibt wieder neues organisches Material – ein schlechter Kreislauf. Der Weg ist lang, um die Biomasse zu tilgen. Mit dem heutigen Phosphorprojekt III sind die Einschränkungen noch drastischer geworden, und dazu kommen noch die Massnahmen im Bereich von Ammoniak. Die Verschiebung des Phosphorprojekts um ein Jahr ist gerechtfertigt. Die Bauern und Bäuerinnen wurden erst im Dezember 2019 über den definitiven Entscheid informiert und hatten genau einen Monat Zeit, ihre Betriebsabläufe anzupassen. Jede andere Berufsgruppe hätte sich auch gewehrt. Im Juli leiteten 145 Gesuchsteller aus der Landwirtschaft beim Kantonsgericht ein Normprüfverfahren ein. Jetzt gilt es die Wogen am See zu glätten. Wir warten gespannt auf die Ergebnisse der beiden Verfahren. Die SVP wünscht nach dem Gerichtsbeschluss wieder eine Aufnahme der Gespräche mit den involvierten Akteuren. Die SVP-Fraktion unterstützt die Regierung bei der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats.

Thomas Oehen: Ich gebe zu, ich spreche als Landwirt. In der Antwort zur Anfrage A 371 listet die Regierung eindrücklich in chronologischer Reihenfolge auf, was die Landwirtschaft seit 1999 mit verschiedenen Massnahmen zur Gesundung der Mittellandseen beigetragen hat. Die pauschale Meinung, wenn viele Tiere da seien, seien zu viele Nährstoffe im See, stimmt so nicht. Fallen auf einem Betrieb mehr Nährstoffe an, als seine Kulturen brauchen, muss dieser Betrieb die Nährstoffe wegführen. Dazu gibt es die Nährstoffbilanz, und diese wird streng kontrolliert. Die Betriebsleiter sind alle daran interessiert, dass es den Seen auch gut geht und setzen sich dafür ein. Die neusten Zahlen zeigen es: der jährliche Phosphoreintrag in den Baldeggersee ist mit 2,2 Tonnen und beim Hallwilersee mit 2 Tonnen bei den jeweiligen Zielwerten angelangt. Die Phosphorkonzentration im Hallwilersee lag 2020 bei 10 Milligramm pro Kubikmeter und beim Baldeggersee bei 17 Milligramm. Auch hier sind die Zielwerte erreicht, obwohl diese immer wieder neu gesenkt werden. Es ist schade, dass diese positiven aktuellen Zahlen nicht auch breitgeschlagen werden. Warum müssen die Seen immer noch belüftet werden? Der viele Phosphor im Sediment gelangte viel früher vor der Intensivierung der Landwirtschaft in die Gewässer als Folge der Industrialisierung. Dies zeigen die ersten Phosphormessungen bei den Mittellandseen. Ebenso hatte es bereits vor 70 Jahren zu wenig Sauerstoff in den Tiefen der Seen, und so wurde die natürliche Verjüngung der Felchen verunmöglicht. Die Ursache ist also schon etwas älter. Warum wehren sich die Landwirte? Wir wissen, dass wir unseren Beitrag leisten müssen, und das wollen wir auch. Aber die meisten von uns arbeiten mit Tieren und haben ihre Betriebe nach den geltenden Richtlinien aufgebaut. Da können wir nicht innerhalb eines Monats unsere Betriebe umstrukturieren und neue Verträge aushandeln. Das geht nicht. Zusammenfassend gesagt: Seien wir doch alle ehrlich miteinander. Es sind viele Fehler passiert, schon vor langer, langer Zeit und in vielen Bereichen. Es kann nicht sein, dass nun ein Berufsstand für alle die Schuld auf sich nehmen muss.

Bernadette Rüttimann Oehen: Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung des Postulats und der beiden Anfragen. Wenn ich diese lese, bekomme ich den Eindruck, dass die ganze Gesundung des Baldeggersees ausschliesslich von der Reduktion der Phosphorfrachten des Eintrags abhängig gemacht wird. Ich verstehe nicht, dass es dem Baldeggersee so schlecht geht, obwohl wir in den letzten 40 Jahren die Phosphorkonzentration von 200 Milligramm auf 17 Milligramm reduzieren konnten. Mich stört an den ganzen Ausführungen der Regierung, der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) und der Dienststelle Umwelt und Energie (Uwe) aber noch mehr, dass man bei all diesen Entscheidungen nie den Klimawandel oder den Temperaturanstieg in die Entscheidungen mit einbezieht. Wir wissen nämlich, dass nicht nur unsere Temperaturen über dem Boden steigen, sondern wir wissen auch, dass in den letzten Jahrzehnten die Seewassertemperaturen massiv angestiegen sind, weil sich im Winter das Oberflächenseewasser, welches sauerstoffreich ist, mit dem sauerstoffarmen Tiefenwasser nicht mehr so gut vermischt. Das passiert nicht wegen des Phosphors, sondern weil unsere Winter kürzer und viel wärmer sind. Deshalb muss man die Sauerstoffzufuhr erhöhen, seit dem Jahr 2012 von 350 Tonnen auf 500 Tonnen. Diese Aussagen stammen von Robert Lovas, dem Projektleiter Seesanierungen, welcher das Projekt betreut. Es ist fünf vor zwölf, und es ist jetzt Zeit, dass alle Beteiligten Goodwill zeigen und gemeinsam an einen Tisch sitzen, um die biologischen und physiologischen Prozesse im Baldeggersee zu diskutieren und besser zu verstehen, denn wir Seetaler wünschen uns alle einen gesunden Baldeggersee. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat P 362 erheblich zu erklären.

Hasan Candan: Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber ich muss einige Falschaussagen von Bernadette Rüttimann Oehen richtigstellen. Ich bin auch Gewässerökologe, ich habe Biologie studiert. Es stimmt sicher nicht, dass das Hauptproblem des Baldegger- oder Hallwilsersees der Klimawandel ist oder die höheren Temperaturen im Winter. Das Problem ist wirklich, dass seit 40 bis 50 Jahren zu viele Nährstoffe eingetragen werden. Phosphor ist ein Stoff, der sich bindet und speichert. Wenn also nur 40 bis 50 Jahre lang zu viel Phosphor eingetragen wurde, braucht es auch wieder 40 bis 50 Jahre, bis dieser wieder weg ist. Das ist der Hauptgrund. Den Ball jetzt irgendwo hinschieben, wo niemand die Verantwortung dafür zu tragen hat, finde ich falsch. Die Gemeinden müssen auch Verantwortung dafür übernehmen, das spricht niemand an. Über 40, 50 Jahre hat sich niemand verantwortlich gefühlt, und niemand wollte etwas beitragen, dass es den Seen besser geht. Jetzt merkt man, dass eine Seebadi oder Wanderwege noch schön wären. Aber keine der Gemeinden möchte Verantwortung übernehmen oder auch finanzielle Kosten tragen. Das geht einfach nicht. Wenn man Verantwortung oder Kompetenzen will, dann muss man auch einen Beitrag leisten. Dann kann man nicht einfach mit dem Finger auf die Regierung oder die Umweltverbände zeigen. Es müssen alle an einem Strang ziehen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das Thema beschäftigt uns in den letzten Jahren stark. Die Belastung der Mittellandseen hat leider eine lange Geschichte, wir haben schon viel darüber gehört. Mit diversen Massnahmen, auch aus der Landwirtschaft, konnte die Phosphorkonzentration in den Mittellandseen seit den 1970er-Jahren bis heute massiv reduziert werden. Es hat jedoch noch Altlasten. Beim Baldeggersee ist dieser Wert immer noch doppelt so hoch wie für den See verkraftbar; verkraftbar heisst so hoch, dass er nicht künstlich belüftet werden müsste. Das muss unser Ziel sein, dass er nicht mehr belüftet werden muss. Da die Phosphoreinträge heute grossmehrheitlich aus der Landwirtschaft stammen, muss primär der Eintrag auf diesen Flächen reduziert werden, aber auch überall dort, wo es Möglichkeiten gibt, beispielsweise bei den Abwasserreinigungsanlagen. Darum werden seit dem Jahr 2000 Massnahmen der Landwirtschaft im Einzugsgebiet auch finanziell unterstützt. Dennoch kann bis auf Weiteres nicht auf die Belüftung der Mittellandseen verzichtet werden, was jedoch das Ziel ist. Zur Anfrage A 368: Wir müssen uns bewusst sein, dass wir im Kanton Luzern eine hohe Tierintensität haben. Dadurch wird es anspruchsvoller, die Umweltziele zu erreichen. Das ist ein Fakt. Das stellen wir auch beim Ammoniak fest. Der Abbau von Tierplätzen ist insbesondere im Einzugsgebiet der stark belasteten Gewässer aus Sicht der

Regierung mittel- bis langfristig unumgänglich. Dies bedingt eine Transformation unserer Landwirtschaft, eine Anpassung der landwirtschaftlichen Strukturen und Alternativen für die Einkommen der Bauernfamilien. Das ist letztlich auch das, was ich in diesen Gesprächen am runden Tisch spüre. Es geht da um wirtschaftliche Existenzen, und die kann man nicht einfach wegnehmen, da braucht es Zeit für das Finden von Alternativen oder finanzielle Unterstützung wie in der Vergangenheit bei den Phosphorprojekten. Dieser Prozess ist aber sehr anspruchsvoll und muss von der Bevölkerung mitgetragen werden: von denjenigen, welche sich vor allem um den See sorgen, und auch von den Bauernfamilien, denen Alternativen gegeben werden müssen. Geschieht dies nicht, verlagern sich die Produktion und somit auch die Emissionen der Nahrungsmittel ins Ausland, das ist ebenfalls keine Lösung. Wir sind zuversichtlich, dass die Reduktionsziele mit den Massnahmen erreicht werden, aber man muss auch immer wieder justieren und beobachten. Es braucht ein gutes Monitoring. Wir alle wollen saubere und gesunde Seen, das steht ausser Frage. Der Weg dorthin – konkret beim Baldeggersee – ist aber leider nicht einfach. Unser Departement und unsere Dienststellen sind mit immer mehr Interessen und Ansprüchen konfrontiert, das ist durchaus auch bei anderen Themen festzustellen. Gleichzeitig stelle ich fest, dass die Bereitschaft zur Verständigung für gemeinsame Lösungen eher abnimmt, vor allem auch am Schluss Kompromisse zu akzeptieren. Gemeinsame Gespräche sind der erste Schritt, aber es braucht dann auch einen Schritt aufeinander zu, dass man sich in der Mitte oder ein bisschen rechts oder links von der Mitte für eine Lösung findet, sonst nützen auch die Gespräche nichts. Das zuständige Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) hat darum schon vor der Eskalation dieses Themas das Projekt «Perspektiven Landwirtschaft und Umwelt» ins Leben gerufen. Dazu gehören auch runde Tische. Ich selber habe diesen runden Tisch geführt. Da ist der Präsident des Bäuerinnen- und Bauernverbandes dabei, der Präsident der Zentralschweizer Milchproduzenten und der Präsident von Suisseporcs; das sind die Vertreter aus dem Bereich der Landwirtschaft. Dann die Vertretung der Pro Natura, des WWF und des Innerschweizer Heimatschutzes und unsere Dienststellenleiter der Lawa und der Uwe, also die Betroffenen. Zusätzlich auch die Landwirtschaftliche Kreditkasse und die Wissenschaft und das Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung. Es war mir wichtig, einen interdisziplinär zusammengesetzten runden Tisch aufzustellen. Wir sind der Überzeugung, dass die anstehenden Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Umwelt nur gemeinsam gemeistert werden können. Aber wenn man sich nicht einigen kann, dann braucht es auch Entscheidungen. Das hat sich bei dieser konkreten Massnahme des Phosphorprojektes III dann zugespitzt. Die Regierung musste entscheiden, weil eine Einigung nicht mehr möglich war respektive in der Arbeitsgruppe die Einigung stattgefunden hatte, nachher aber der Kompromiss auseinanderfiel. Es braucht Entscheidungen, diese können in unserem Rechtssystem gerichtlich überprüft werden, und letztlich sind die Gesetze einzuhalten, daran werden auch wir uns halten. Es gab eine aufsichtsrechtliche Beschwerde der Umweltverbände gegen das BUWD, und beim Kantonsgericht ist die Beschwerde gegen die Phosphorverordnung nach wie vor hängig. Wir werden diese Verfahren abwarten. Das eine ist erledigt, und zum anderen erwarten wir jetzt im Sommer eine Entscheidung des Kantonsgerichtes. Wir haben aber bereits für den Spätherbst einen Termin vereinbart mit den Vertretungen des runden Tisches und wollen dann die Gespräche aufnehmen. In diesen Gesprächen spürt man, dass sich die Bauern Sorgen um die wirtschaftliche Existenz machen, und das verstehe ich. Auf der anderen Seite sorgen sich die Umweltverbände um die Gesundheit der Natur. Es braucht nur schon einmal das Verständnis für die Gegenseite, sich gegenseitig zuzuhören und zu akzeptieren, dass es für beide sehr emotionale Themen sind. In diesem Sinn werden wir diese Gespräche erneut aufnehmen, und ich bitte Sie darum, das Postulat P 362 teilweise erheblich zu erklären. Ich werde weiterhin dabei sein, das Anliegen der CVP kann ich somit erfüllen. Wir werden uns weiterhin bemühen, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das ist aber nur möglich, wenn man sich erstens respektvoll zuhört, zweitens bereit ist zu versuchen, die andere Meinung zumindest einmal zu verstehen, und drittens sich einem Kompromiss annähern kann.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der

Erheblicherklärung mit 69 zu 29 Stimmen vor.
In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat P 362 mit 82 zu 16 Stimmen teilweise erheblich.